

Annoncen-

Entnahme-Bureau:

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wohlfahrtsstr. 16.)

bei E. H. Miel & Co.
Breitestraße 14.

in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Streiland,
in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 280.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal
erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 22. April

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserte 20 Pf. die sechsgezeigte Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
Nachmittags angenommen.

Annoncen-

Entnahme-Bureau:

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei E. H. Miel & Co. —
Hanselstein & Vogler, —
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenthau.“

1876.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro
Monat Mai und Juni werden bei
allen Postanstalten zum Preise von 3 Mark
61 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren
und der unterzeichneten Expedition zum Be-
trage von 3 Mark entgegen genommen, worauf
wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.**

Landtag und Reichstag.

Der gestern von uns mitgetheilte Artikel der Provinzial-Korrespondenz veranlaßt die „Berl. Aut. Korr.“ zu einer klaren Darlegung der in der nationalliberalen Partei herrschenden Ansichten über die angeregten Fragen. Die „Prov.-Korr.“ hatte sich zunächst mit dem zweiten Theile der Landtagsession beschäftigt, und hob dabei mit Recht hervor, daß der zweite Theil der Landtagsession, der am 24 April beginnt, ungewöhnlich große Ansprüche an die Arbeitskraft und Hingebung der Landesvertretung stellt, da die Erledigung sämtlicher Vorlagen von größerer Bedeutung für beide Häuser erst noch bevorstehe. Daran anknüpfend äußert sich das Organ der nationalliberalen Partei wie folgt:

Es ist an dieser Stelle wiederholt und fast mit den nämlichen Worten auf die schwierige Geschäftslage im zweiten Theil der Landtagsession hingewiesen worden, so daß über die näheren Ausführungen des halbamtlichen Organs uns nicht weiter zu sagen übrig bleibt. Die Regierung kann sich versichert halten, daß das Abgeordnetenhaus zum Mindesten mit ihr in dem Wunsche und Streben sich vereinigen wird, die mannichfachen wichtigen Arbeiten soweit irgend möglich zum Abschluß zu bringen, und daß die Partei, in deren Namen wir sprechen, mit ihr der Ansicht ist, daß die diesmalige Zurückstellung auch nur irgend einer der größeren Vorlagen von bedauerlicher Rückwirkung auf die Erledigung weiterer Aufgaben sein würde. Das Abgeordnetenhaus wird es an Eifer und Fleiß bei der Arbeit, die ihm noch bevorsteht, nicht fehlen lassen; Sache der Regierung wird es aber sein, darauf hinzuwirken, daß Gesetzentwürfe, die nach so mühseligen Vorarbeiten vom Abgeordnetenhaus genehmigt worden sind, nicht hinterher im Herrenhause Abänderungen erleiden, welche dieselben für das Abgeordnetenhaus unannehmbar machen würden. Es darf nicht unter dem Drucke der letzten Stunde der Versuch gemacht werden, dem Abgeordnetenhaus seine widerwillige Zustimmung zu solchen „Verbesserungen“ abzuressen. Besteht bei der Regierung die ernste Absicht, die sämtlichen größeren Vorlagen der Session zur Erledigung zu bringen, so wird an einen Sessionsschluß vor Ende Juni kaum zu denken sein; wie schwer es auch dem einzelnen Abgeordneten fallen mag, so lange von seinem Hause und seinen Berufsgeschäften abwesend zu sein, die Hingebung an die öffentlichen Interessen wird ihn schließlich zu diesem Opfer willig machen.

Das halbamtliche Organ führt schließlich noch als ein „weiteres wichtiges und drängendes Moment für den möglichen Abschluß der zur Zeit bereits vorbereiteten Aufgaben“ an, „daß die parlamentarische Vereinbarung umfassender Gesetze im preussischen Landtage bei der künftigen Gestaltung der Session und besonders im nächsten Jahr noch mit weit größeren Schwierigkeiten als bisher verknüpft sein wird.“ — Man hatte nun bisher allgemein geglaubt, daß die Verlegung des Etatsjahres im Reiche und die dadurch bedingte Verlegung des Etatsjahres in Preußen künftig eine zweckmäßige Disposition über die zu parlamentarischen Arbeiten sich eignenden Jahreszeiten gestatten würde und wesentlich im Hinblick hierauf hatte man sich für diese Frage in parlamentarischen Kreisen mit besonderer Lebhaftigkeit interessiert. Dieser Glaube wird durch die Erklärung des halbamtlichen Organs stark erschüttert; freilich geht dasselbe von einer Unterstellung aus, die wir als eine ziemlich willkürliche bezeichnen müssen. Es heißt in der „Pr. C.“: „Wenn in Gemäßheit der bereits gefaßten Beschlüsse die drei ersten Monate des Jahres künftig für den Reichstag vorbehalten werden müssen, so wird für den preussischen Landtag, sei es im Frühjahr, sei es im Herbst, niemals ein zusammenhängender Zeitraum von mehr als 3 Monaten frei sein, und es wird voraussichtlich erst neuer Vorsehung in der Geschäftsordnung bedürfen, um für die Vereinbarung großer Gesetze zwischen den beiden Häusern überhaupt einen sicheren Boden zu gewinnen.“ Was die „bereits gefaßten Beschlüsse“ betrifft, so kann darunter nur die Zustimmung des Bundesraths und Reichstages zu der Verlegung des Beginnes des Etatsjahres im Reiche vom 1. Januar auf den 1. April gemeint sein, welche den Inhalt eines besonderen Gesetzes bildet. Da in diesem Gesetze keine Bestimmung über die Zeit enthalten ist, zu welcher der Reichstag einzuberufen ist, um den Reichshaushalts-Etat festzustellen, so kann man wohl behaupten, die eine oder andere Regierung, der eine oder andere Abgeordnete habe sich als die Folge dieses Gesetzes gedacht, daß der Reichstag zukünftig regelmäßig in den drei ersten Monaten des Jahres versammelt sein werde; mit Nothwendigkeit folgt dieses aber nicht aus jenem Gesetze, und man sollte meinen, daß bei der Einberufung des Reichstages doch auch darauf Rücksicht genommen werden müsse, den Landtagen der Einzelstaaten, vornehmlich dem preussischen, eine zusammenhängende Zeit zur Erledigung ihrer Arbeiten zu lassen, die wenigstens in den nächsten Jahren an Wichtigkeit hinter den Arbeiten des Reichstages nicht zurückstellen werden. Wir wollen, was Preußen betrifft, hier bloß an die noch ausstehenden organisatorischen Gesetze und das Unterrichtsgesetz erinnern. Es muß konstatiert werden, daß man in Abgeordnetentreisen sich vielfach die Sache anders vorgestellt hat, und zwar etwa folgendermaßen: „Wenn ein größerer Zeitraum für die Beratungen des Reichshaushalts-Etats gewonnen werden soll, so liegt es auf der Hand, daß, sobald das Etatsjahr mit dem 31. März zu Ende geht, die Einberufung des Reichstages nicht so spät erst erfolgen darf, daß dieselben Nachtheile, wie gegenwärtig, beim Abschluß des Etatsjahres am 31. Dezember sich herausstellen. Dagegen könnte immerhin etwas mehr Zeit für die Aufstellung des Etatsentwurfes gewonnen werden, weil die Einberufung des Reichstages nicht schon im Laufe des Monats Oktober zu erfolgen brauchte, sondern damit je nach Lage der sonstigen Geschäfte bis zum Monat November gewartet werden könnte (wenn sonst viel an umfangreichen Vorlagen zu erledigen sind, natürlich nicht gewartet zu werden brauchte). Da nun die meisten

Ausstellungen gegen den Beginn der Reichstagsession im Monat Oktober sich richten, so würden diese sich dadurch erledigen. Wenn, wie dies sich seit einigen Sessionen bewährt hat, etwas weniger als 3 volle Arbeitsmonate zur Bewältigung des durchschnittlichen Arbeitspensums einer Reichstagsession vollständig ausreichen, so würde bei einer Einberufung des Reichstags im Monat November die Zeit vom Februar ab frei werden für die Landtagsessionen in den einzelnen Bundesstaaten, was eine allseitige Befriedigung herbeiführen würde, da in Preußen wenigstens die Feststellung des Staatshaushalts in nicht ganz zwei Monaten sich sehr wohl bewerkstelligen läßt.“ — So schreiben wir an dieser Stelle im Monat Januar, als damals schon die „Pr. C.“ eine andere Eintheilung der parlamentarischen Geschäfte unter den größten Störungen für Preußen mit dem Motiven befürwortete, „daß die Rücksichten auf den preussischen Landtag jedenfalls hinter den Gesichtspunkten für das Reich zurücktreten müßten.“ Gewiß werden sie zurücktreten müssen, wo die Interessen beider des Reiches und Preußens, wirklich unvereinbar sind; aber bloße Bequemlichkeitsrücksichten auf der einen Seite überwiegen nicht die größten materiellen Störungen auf der anderen Seite; vielmehr ist es in diesem Falle Pflicht, die kollidirenden Interessen mit einander in Einklang zu bringen. Wann soll, so fragen wir, der preussische Staatshaushalts-Etat, der doch verfassungsmäßig vor dem Beginn des Etatsjahres gesetzlich festgestellt werden soll, vom preussischen Landtage festgestellt werden, wenn künftig der Reichstag in den drei ersten Monaten des Jahres versammelt und in dieser Zeit der mit dem Beginn des vierten Monats in Kraft tretende Reichshaushalts-Etat festgestellt werden soll? Soll der preussische Landtag etwa vor der Reichstagsession im Herbst zusammentreten und den nächstjährigen Etat ohne Rücksicht auf die Höhe der darin einzustellenden Matricularbeiträge an das Reich feststellen, oder wie denkt man sich sonst den Gang der Etatberatung im preussischen Landtage? Wir meinen, diese Frage haben diejenigen zu beantworten, welche die für diese Beratung geeignete Zeit dem Reichstage zur Verfügung stellen und die preussische Landtagsession durch die Reichstagsession in zwei weit auseinanderliegende Abschnitte zerfallen wollen. Denn daß die für parlamentarische Arbeiten so vorzüglich geeigneten Monate November und Dezember unbenutzt bleiben sollen, davon kann doch wohl heute nicht mehr wie sonst die Rede sein, wo noch kein deutscher Reichstag existierte und der preussische Landtag erst kurz vor Mitte Januar eröffnet zu werden pflegte; damals standen eben für ihn gerade die Monate zur Verfügung, die man jetzt dem Reichstag vorbehalten zu müssen glaubt.

Auch die „Kreuztg.“ knüpft an die Erwartung der „Prov.-Korr.“, „daß trotz der großen Anforderungen beide Häuser des Landtags sich in dem Wunsche und Streben mit der Regierung vereinigen werden, die wichtigsten Arbeiten, so weit irgend möglich, zum Abschluß zu bringen“, ihre speziellen Wünsche, welche aber gerade das Gegentheil von dem verlangen, was oben die „Berl. Aut. Korr.“ fordert. Denn während die nationalliberale Korrespondenz den Wunsch zu erkennen giebt, die Regierung möge auf das Herannahen drücken, will die „Kreuztg.“ diesen Druck gegenüber dem Abgeordnetenhaus angewandt sehen. Das feudale Blatt macht darauf aufmerksam, daß bei den Erörterungen über das Zustandekommen der Vorlagen ein Punkt, der jedenfalls von entscheidender Wichtigkeit ist, fast ganz außer Acht gelassen wird, nämlich die Rücksicht auf die sachliche Zustimmung des Herrenhauses. Dann fährt die „Kreuztg.“ fort:

Wenn die Regierung und das Abgeordnetenhaus im Ernst daran denken, die bedeutenden Vorlagen in dieser Session zum Abschluß zu bringen, so wird man gut daran thun, gleich von vornherein gründlich zu überlegen, welche Beschlüsse auf Annahme im Herrenhause irgendwie Aussicht haben. Geschieht das nicht, so ist die Session, und wenn sie auch bis Ende Juni dauern sollte, im Voraus zur Ergebnislosigkeit verurtheilt. Man möge sich über diesen Punkt keiner Täuschung hingeben.

Hiernach wären also die Erwartungen der „Prov.-Korr.“ in Bezug auf das Herrenhaus wenig begründet.

Deutschland.

△ Berlin, 20. April. Der Minister des Innern wird sich heute Abend nach Wiesbaden begeben und von dort weiter nach Coblenz gehen. — Der Polizeidirektor Albrecht aus Rassel, welcher bei seiner hiesigen Anwesenheit auch vom Kronprinzen empfangen worden ist, hat einen für die hiesige Ausstellung bestimmten, höchst interessanten Plan der Stadt Rassel hierher gebracht, welcher in großen Dimensionen entworfen ist und in überraschender Weise veranschaulicht, welche überaus große Veränderung und Erweiterung die Stadt seit der Besitzergreifung seitens Preußens erfahren hat. — Während des Jahres Michaelis 1874 bis Michaelis 1875 fanden auf den preussischen Universitäten 585 Promotionen statt; davon fielen auf Berlin 92, auf Bonn 43, auf Breslau 60, auf Göttingen 154 (bekanntlich wurde dort bisher der Doktorgrad auch in absentia verliehen), auf Greifswald 70, auf Halle 94, auf Kiel 22, auf Königsberg 14, auf Marburg 31 und auf Münster 5.

□ Berlin, 20. April. Der Neubau eines entsprechenden monumentalen Gebäudes an der Stelle der Grundstücke der Akademie der Künste, der Garde du Corps-Kaserne und des königlichen Marstalles bezw. die Verlegung der königlichen Bibliothek und der Akademie der Wissenschaften ist nunmehr, wie verlautet, definitiv an höchste Stelle beschlossen und soll mit der Ausführung demnächst begonnen werden. Dieser großartige Bau, für den der Landtag bereits die ersten Raten bewilligt hat, verspricht nach den bereits vorliegenden Plänen an Pracht und Schönheit Alles zu übertreffen, was Berlin an öffentlichen Gebäuden besitzt. Zugleich wird das gegenwärtige königliche Bibliotheksgebäude, das anderen Zwecken gewidmet werden wird, einen Neubau erfahren. Es liegt im Plan, das frei werdende Bibliotheksgebäude in Verbindung mit Grundstücken in der Behrenstraße und Unter den Linden zu einer Erweiterung des kaiserlichen Palais zu verwenden, doch sind hierüber noch keine Dis-

positionen getroffen. — Wie man hört, wird Präsident v. Bennigsen bereits Ende dieser Woche hier eintreffen, um den parlamentarischen Geschäften einen regelmäßigen, raschen Fortgang zu sichern. Es wird darauf gerechnet, daß am Montag Mittag alle Abgeordneten hier sind, damit Plenum und Kommissionen nicht bloß mit beschlußfähigen Majoritäten, sondern voll besetzt arbeiten und Beschluß fassen können. Die bisherigen Beratungen des Abgeordnetenhauses haben gezeigt, daß die linke Seite des Hauses und das Centrum jederzeit gut, die rechte ziemlich schwach besetzt war. Namentlich von der freikonservativen Fraktion ließen es viele Mitglieder an Eifer und Ausdauer fehlen.

— Die Kommission des deutschen Handelstages für die Handelsverträge ist am Mittwoch im Sitzungssaale des Handelstages zusammengetreten. Den Beratungen liegt eine nach den Gutachten der Handelskammern zusammengestellte Denkschrift zu Grunde. Anwesend waren Geh. Kommerzienrath Heinen Dahl (Krefeld) als Vorsitzender, Reichstagsabgeordneter Mosse (Bremen), Vizepräsident des Handelstages Geh. Kommerzienrath Liebermann (Berlin), Kommerzienrath Baare (Bochum), Handelskammerpräsident Bahse (Chemnitz), Abgeordneter Dr. Hammacher (Berlin), Kommerzienrath Meckel (Erfeld), Edgar Kofz (Hamburg), Ed. Schwarz (Mühlhausen i. C.), Geh. Kommerz- und Admiraltätsrath Stephan (Berlin) und Dr. Kengsch (Berlin).

— Der vierte brandenburgische Städtetag wurde gestern (19. d.), Nachmittag 2 Uhr, im Saale des Ständehauses resp. des Provinziallandtages hier selbst durch den Bürgermeister Fritzsche (Guben) mit einem Hoch auf den Kaiser und König eröffnet. Die Präsenzliste wies die Anwesenheit von 110 Vertretern der verschiedenen zum Verbands des brandenburgischen Städtetages gehörenden städtischen Körperschaften nach, welche von 55 Städten delegirt waren; dazu kamen 16 Vertreter von Städten, welche dem Städtetage nicht angehören. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Beratung der neuen Städteordnung, doch kam dieselbe bei dem großen Umfange, den die Diskussion der einzelnen Paragraphen annahm, erst heute (am 20.) zu Ende. Rücksichtlich des Wahlrechts faßte der Städtetag mit großer Majorität folgenden Beschluß: „Das Dreiklassen-Wahlrecht ist beizubehalten unter Ausschluß anderweitiger ordsstatutarischer Festsetzungen und die Bildung der Wählerklassen ist lediglich nach der von den Gemeindebürgern zu entrichtenden Klassen- und Einkommensteuer zu bewirken.“ Die Bildung der Wahlbezirke soll lediglich dem gemeinschaftlichen Beschlusse der beiden städtischen Behörden überlassen bleiben. Ferner erklärte sich der Städtetag für die Wahl durch Stimmzettel und will nur diejenigen von der Wahl ausgeschlossen wissen, welche seit Aufstellung der Wählerliste notorisch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben.

— Nach § 3, Absatz 3 des Gesetzes, betreffend die Ausgabe von Reichs-Kassenscheinen, hat die Rückzahlung der den Bundesstaaten behufs Einziehung ihres Staatspapiergeldes aus der Reichskasse gewährten Vorschüsse innerhalb 15 Jahren, vom 1. Januar 1876 an gerechnet, in gleichen Jahresraten zu erfolgen. Das Reichsfinanzamt beabsichtigt, wie der „Reichs-Anz.“ schreibt, die Rückzahlungen als Raten des aus dem Ueberschusse der Papiergeldausgabe der einzelnen Bundesstaaten über ihren Anteil an den 120 Millionen Mark Reichs-Kassenscheinen sich ergebenden Sollvorschusses (des Höchstbetrages des zu gewährenden Vorschusses) zu bemessen und den aus der Präklusion eines Theils des Landespapiergeldes sich ergebenden Minderbetrag des wirklich gewährten (Zit-) Vorschusses bei den letzten Ratenzahlungen auszugleichen. Hiernach wird die Rückzahlung der gedachten Vorschüsse in der Weise festgestellt werden, daß jährlich 1/15 des Soll-Vorschusses bis zur vollständigen Tilgung des, späterer Feststellung vorbehaltene, Zit-Vorschusses abgetragen ist. Der Jahresbetrag der Rückzahlung beläuft sich auf 3,659,320 M., wovon auf Sachsen 1,267,562 M., auf Baiern 968,998 M. fallen.

— Ueber das Einvernehmen zwischen den drei Kaiserreichen, das in den letzten Wochen als stark bedroht dargestellt worden war, wird der „R. Z.“ von Berlin Folgendes gemeldet:

Die Schwierigkeiten, die sich in der orientalischen Frage entwickelt haben, scheinen, in so fern das innere Verhältnis der drei Kaiserreiche in Frage kommt, für jetzt beigelegt. Es handelte sich zuletzt um die Forderungen der Aufständischen, so weit sie über die Androssy'sche Note hinausgehen. Oesterreich hielt diese Forderungen nicht für geeignet zu weiteren Verhandlungen, während Rußland sich auch bei dieser Gelegenheit im Sinne einer Schutzmacht der Christen in der Türkei ausgesprochen hat. Hier ist man bemüht, das Einvernehmen zwischen Oesterreich und Rußland zu erhalten oder wiederherzustellen und die Zeit hinauszuschieben, wo Deutschland genöthigt sein würde, sich bei den auseinandergehenden Interessen der Otmächte zu entscheiden. Augenblicklich scheint beim Reichsfinanzamt die Meinung obzuwalten, die Freundschaft mit Rußland sorgfältig zu schonen. Die Sprache der „Nordd. Allg. Ztg.“ ist wenigstens so, daß man in Petersburg damit zufrieden sein wird.

— Die „Germania“ berichtet unterm 20. d. in eigener Angelegenheit:

Die Redaktion unserer gestrigen Nummer war soeben abgeschlossen, als Herr Kriminalkommissarius Vid in unserem Bureau erschien und unseren verantwortlichen Redakteur, Herrn Paul Hädike, verhaftete. Die Abführung in die Untersuchungsgefängnis erfolgte auf gerichtlichen Befehl in Folge einer Anklage auf Majestätsbeleidigung. Es ist uns Hinterbliebenen bis jetzt nicht möglich gewesen, auch nur eine halbwegs probable Muthmaßung aufzustellen, in welchem Artikel seit der Amtsführung des Herrn Hädike dies Vergehen begangen sein könnte. Herrn Hädike war es nicht vergönnt, mehr als 15 Nummern der „Germ.“ seine Thätigkeit zu widmen.

An einer anderen Stelle theilt das Blatt mit, daß seinem früheren Redakteur Andrzej Popiolski, der in erster Instanz

wegen Beleidigung der Regierung in Trier zu 60 Mark Geldbuße verurtheilt worden, an demselben Tage die Vorladung zur mündlichen Verhandlung vor dem Kammergericht auf den 2. Mai d. J. erhielt. Während so die in Berlin weilenden Redakteure der „Germ.“ dem Strafrichter verfallen, vergnügt sich der Hauptredakteur Herr Ma-junke in Italien. Derselbe ist am Charfreitag in Rom eingetroffen. Zu seinem Empfange hatten sich, wie der „Moniteur di Roma“ meldet, dem wir diese Nachricht entnehmen, eine Deputation kaiserlicher römischer Journalisten, der Direktor des polnischen Kollegiums, Herr Hanns (?) Baron v. Streit und einige andere gleichgestimmte Herren auf dem Bahnhofe eingefunden, um ihm das Geleite in seine Wohnung zu geben. — Wie man hört, galt der erste Besuch Majunkes dem Jesuitengeneral Vef.

— Wie eine Seeflange taucht ab und zu die „deutsche österreichische Föderalistenpartei“ hervor, selten ohne in den weitesten Kreisen eine gewisse Heiterkeit hervorzurufen. So erinnert man sich z. B. des gewaltigen Manifestes, welches der königliche Erbprinzeß von Preußen auf Haus Loer bei Meschede etwa vor Jahresfrist erließ, ein Manifest, welches in wenigen Wochen unter den Fahnen des deutsch-österreichischen Föderalismus eine Macht zu verarmen unternahm, vor welcher das neue deutsche Reich alsbald aus den Fugen gehen sollte. Auch neuerdings hat wieder von den Bestrebungen der Föderalistenpartei verlautet, und zwar präsentiren sie sich diesmal unter der Regide des Prinzen — Heinrich von Hanau. In den politischen Kreisen, die sich hier und da mit den Söhnen des letzten Kurfürsten von Hessen berührt haben, ist diese Nachricht, wie die „W. Z.“ schreibt, nicht ohne Humor aufgenommen worden. Die sämtlichen Söhne des Kurfürsten stehen so wenig in Verdacht irgend welcher politischen Leistungsfähigkeit, daß es in der That nur als ein Akt äußerster Verwirrung begriffen werden kann, wenn die Theoretiker des großdeutschen Programms, wie Constantin Frantz und andere durch die Voranstellung solcher Namen ihrer Sache nützen zu können meinen. Ein Prinz von Hanau an der Spitze einer Partei, deren letztes Ziel die Wiederherstellung des Deutschlands aus der Zeit des frankfurter Bundestages ist, würde auch ohne besondere politische Befähigung dann einen Sinn haben, wenn er als der geborene Repräsentant eines kurbessischen Sonderstaates zu betrachten wäre. Aber die einer morganatischen Ehe entsprossenen Söhne des Kurfürsten haben bekanntlich mit der heftigen Erbfolge ganz und gar nichts zu schaffen. Der zur Thronfolge allein berechtigte Landgraf Friedrich steht bei dem Partikularismus freilich nicht in gutem Geruch, da er in dem bekannten Vertrage mit Preußen auf seine Erbfolgerechte für sich und seine ganze Linie verzichtet hat. Die Bedeutung der Prinzen von Hanau wird indeß dadurch um keines Haars Breite gehoben. Würde die Nachricht dahin gelautet haben, daß Prinz Heinrich von Hanau in Prag mit den Herren Constantin Frantz und Schimmelpfennig konferirt habe, um sich das wirtschaftliche Genie dieser Herren zu Nütze zu machen, so würden alle der Verhältnisse Kundige dies leicht begreifen haben; die Thatfache aber, daß diese Herren ihre politischen Bepredungen unter die Auspizien des genannten Prinzen gestellt haben, kann nur Eines beweisen: den vollständigen Bankrott der partikularistisch-föderalistischen Reaktion.

— Zu der auch von uns gebrachten Notiz, der Redakteur der ehemaligen „Berliner Revue“, Herr Meyer, der bekannte Adaltes Wagener's werde sich um ein Mandat bewerben und rechne dabei auf sozialdemokratische Unterstützung, bemerkt die sozialdemokratische „Berl. Fr. Pr.“: „Seine Hoffnung auf die Sozialdemokraten ist aber sehr aussichtslos; diese kennen ihre „Papenheimer“ und auch — Herrn Meyer. Eine Wagener'sche Freundschaft ist eine schlechte Empfehlung.“

— Die Kanalisations-Abschluß-Arbeiten resp. die Hebewerke zur Verleitelung auf der östlicher Gemarkung sind vollendet und sollen am nächsten Dienstag, nach erfolgter Abnahme, in Betrieb gesetzt werden. Zu dem Behuf wird sich, nach der „Börs. Ztg.“, an dem genannten Tage die Bautionmiffion für die Kanalisation Berlins, bestehend aus dem Bürgermeister Dunder, dem Stadt-Baurath Köss-patt, dem Baurath Hoberich, den Stadträthen Maragrat und Kom-madt, sowie den Stadtverordneten Dr. Birchow, Meyer, Gerth, Salge und Dr. Stryp, zur Abnahme an Ort und Stelle begeben, und schließlich sich dieser Kommission Vertreter des königlichen Polizei-Präsidiums, der königlichen Ministerial-Bau-Kommission, der Vorsteher der Stadtverordneten-Versammlung Dr. Straßmann und eine Anzahl sich speziell für diese Angelegenheit interessirender Personen an. Die Herren fahren per Eisenbahn bis Lichterfelde und von dort mit eigenen Wagen nach Ostorf.

DN. Mit Bezugnahme auf die Ausführungsbestimmungen zum Militärpensionsgesetz von 1871 ist darauf aufmerksam zu machen, daß für die Teilnehmer an dem Kriege 1870/71 die fünfjährige Frist zur Geltendmachung von Pensionsansprüchen auf Grund einer im Kriege erlittenen Dienstbeschädigung mit dem 20. Mai inclusive abläuft. Da dergleichen Ansprüche bestimmungsmäßig bei der Pensionierung, resp. bei dem Uebertritt in eine für Garnisondienstfähige zugängliche Stellung in der Regel endgültig festzustellen sind, muß mithin die Pensionierung zc. der

in Rede stehenden Personen bis zum 20. Mai cr. erfolgt oder zum Mindesten der beiläufige Anspruch mit dem Antrage auf Pensionierung geltend gemacht sein. Mit demselben Termine erlischt für die bereits ausgeschiedenen resp. in Stellen für Garnisondienstfähige übergetretenen Teilnehmer am Kriege 1870/71 das gewährte Ausnahmerecht, Ansprüche auf Grund des Gesetzes vom 4. April 1874 nachträglich zur Geltung zu bringen.

Saub. 18. April. (Bergrutsch.) Der „Rhein. Kur.“ schreibt: Unsere Stadt ist wieder in großer Aufregung. Der drohende Berg-hang soll in den letzten 24 Stunden um mehr als einen Meter vorge-rückt sein. In Folge dessen wurden die Bewohner von circa 15 Vorder- und Hinterhäusern etwa 30 Familien, polizeilich ausgewiesen, resp. ihnen das Bewohnen der Häuser zur Nachtzeit untersagt. Fast hat es den Anschein, als wollten die Naturkräfte der schier rathlos gewordenen Technik zu Hülfe kommen; denn mit den Abfuhrbahnen will es einmal nicht recht vom Stapel.

Dresden, 19. April. Die „Dresdener Nachrichten“, die sich sehr guter Verbindungen rühmen, schreiben: „Es steht nunmehr fest, daß Herr v. Friesen seine Stellung im Staatsdienste aufgibt. Se. Erz. zieht sich, wie wir von guter Hand vernehmen, im Hochsommer, spätestens im Frühherbst zurück. Altersschwäche und die Erkenntniß, daß die Aufgaben des Staates eine tüchtigere Hand erheischen, haben nach derselben Quelle dieser Entschluß zu einem freiwilligen gemacht. Auch ohne die Reichseisenbahnfrage würde Herr v. Friesen sich nach dem „Altentheil“ umgesehen haben.“

München, 19. April. Das Finanz-Ministerium hat folgende Bekanntmachung, die Münzeinzahlung betreffend, erlassen und deren weiteste Verbreitung auf amtlichem Wege angeordnet: „Die süddeutschen Eingulden-, Sechskreuzer-, Dreikreuzer-, Einkreuzerstücke und Kupfermünzen werden nach dem 30. April 1876 bei den Staats- und Privat-einzahlstellen nicht mehr umgewechselt und auch bei den Staatskassen nicht mehr in Zahlung angenommen. Eine Verlängerung dieser Einlösefrist wird nicht erfolgen. Es wird deshalb hiermit nochmals zur Beschleunigung der Einlösung aufgefordert und vor einem Abwarten der letzten Tage der Einlösefrist ausdrücklich gewarnt.“ — In der heutigen Sitzung der zweiten Abtheilung der bairischen Abgeordnetenkammer wurde (wie schon erwähnt) der Antrag des Referenten, die Wahlen in München l. wegen Verlesung des Art. 11 des Wahlgesetzes bei der Bildung der Wahlbezirke für ungültig zu erklären, angenommen. Daß derselbe Antrag auch bezüglich der übrigen von den Ultramontanen angefochtenen Wahlen sowohl in den Abtheilungen wie im Plenum zur Annahme gelangen wird, kann keinem Zweifel unterliegen.

Deutsche Reich.

Wien, 18. April. Der mit Spannung erwartete Ministerrath endete heute 7 Uhr Abends, nachdem er um Mittag unter des Kaisers Vorstis begonnen hatte. Zur Zeit liegen zwei offiziöse Berichte von ungarischer Seite vor. Die „Budapester Korr.“ schreibt nämlich darüber Folgendes:

Die acht Minister, welche bisher an den handelspolitischen Verhandlungen theilnahmen, verammelten sich, nachdem die ungarischen Minister dem Ministerpräsidenten Fürsten Auersperg um 12 Uhr einen Besuch abstatteten, um 2 Uhr Nachmittags zu einer Konferenz unter Vorsitz des Kaisers, welche bis halb 7 Uhr dauerte. Es wurde in dieser Konferenz kein Protokoll geführt und demnach auch keinerlei Beschluß gefaßt. Nachdem alle obigen Angelegenheiten beiderseits eingehend besprochen und die Standpunkte beider Ministerien auseinandergesetzt wurden, behielt sich der Kaiser die weitere Entscheidung vor. Es ist nicht unmöglich, daß unter Vorstis des Kaisers noch eine Konferenz stattfinden wird; jetzt ist diesbezüglich, ebenso wie über den weiteren Verlauf der Verhandlungen, kein Beschluß gefaßt.

Die „Börs. Korr.“ sagt:

Schon die beträchtliche Dauer des Ministerrathes läßt auf die Größe der Schwierigkeiten schließen, welche zu bewältigen waren und wohl auch noch zu bewältigen sein werden, bis gesagt werden kann, die Angelegenheit sei als abgeschlossen anzusehen. Denn als einigseththeilbares Ergebnis ist zur Stunde nur so viel zu konstatiren, daß die Entscheidung in der Hand des Kaisers liegt und es von den Dispositionen des Kaisers abhängig ist, ob noch eine weitere Plenarkonferenz stattfinden habe oder nicht.

Das „N. Wien. Tageblatt“ meldet:

Die heutige gemeinsame Konferenz unter Vorstis des Monarchen hat nicht das erwartete Resultat gehabt, die Gegenstände konnten nicht ausgeglichen werden. Der Kaiser soll, wie man versichert, an der Debatte fast gar nicht, und auch dann nur fragend theilgenommen haben. Der Kaiser wird jetzt zu entscheiden haben und obwohl eine nochmalige Sitzung nicht ausgeschlossen ist, ist es doch viel wahrscheinlicher, daß der Monarch neue Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen mit Instruktionsertheilung anordnet. Von des Herrschers

Lippen harret jetzt jede Partei des Entscheidungswortes, welches der Kaiser heute nicht aussprechen wollte.

Frankreich.

Paris, 18. April. Der „Moniteur“ theilt mit, daß noch mehrere von den jüngst verlesenen Präfekten, dem Vorgange von de Chezelles folgend, unter Protest ihre Entlassung genommen haben. Ebenso haben auch bereits 180 Maires und Beigeordnete ihre Entlassung eingereicht. Die Purifikation der Beamten scheint sich also von selbst weiter spielen zu wollen. Außerdem verlautet, daß noch ein dritter Präfektenschub von weit größerem Umfange (ca. 60 Stellen betreffend) nahe bevorstehe. Von Interesse ist übrigens der malitiose Brief, welchen der Präfekt Chezelles an den Minister Ricard gerichtet hat, indem er seine Entlassung erbat. Derselbe lautet:

Fünf Jahre habe ich das Departement Contal verwaltet und habe während dieser ganzen Zeit die Sympathien aller anständigen Leute erworben; ich selbst hatte eine solche Anhänglichkeit an die Provinz, daß ich mehrmals höhere Posten, welche mir angetragen wurden, ausgeschlagen habe. Mein Verhalten hat sich niemals verändert; es hat darin bestanden die Partei der Ordnung zu vertreten und mit allen meinen Kräften die Radikalen zu bekämpfen, welche ich für die gefährlichsten Feinde unseres Vaterlandes halte und die nicht minder gefährlichen Menschen, welche mit den Radikalen paktiren und sie auf diese Weise zur Macht bringen. Wenn Sie, Herr Minister, meine Verlesung dem Marfchall vorgeschlagen haben, so geschah es wohl, weil mein Verhalten Ihrem Programm nicht entsprach. Ich danke Ihnen dafür, denn Sie sprechen damit den Gedanken aus, daß ich mein Verhalten nicht ändern werde. Wenn Sie aber vielleicht annehmen, daß dies in den Hautes-Pyrenées geschehen könnte, so irren Sie. Ich sehe daher meine Verlesung als eine indirekte Abiegung an und bitte Sie danach zu verfahren. Schließlich verhehle ich nicht, Ihnen zu versichern, daß ich der Regierung des Marfchalls tief ergeben bleibe.

In diesen Tagen fand, wie der „R. Z.“ von hier mitgetheilt wird, eine sogenannte „Konferenz“, eine Art Meeting zum Besten der nach der Weltausstellung von Philadelphia zu entsendenden Arbeiter, im Chateau d'Eu statt, bei denen Louis Blanc und Viktor Hugo das große Wort führten. Ersterer sprach von der Hoffnung, die er hege, die hohen Zölle, welche die französischen Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten belasten, zu beseitigen, „denn die Amerikaner würden auf der Ausstellung in Philadelphia erkennen, wie wichtig auch für sie das Betreten der Bahn des Freihandels sein werde.“ Wie groß die Macht und Herrlichkeit der Franzosen sei, lehrte dann Viktor Hugo, der den Anwesenden zurief: „Männer von Paris, ihr seid das Volk der Völker! Nachdem ihr den kriegerischen Einfall der Barbarei zurückgeschlagen, nehmt ihr die industrielle Invasion, welche die Zivilisation ist, bei euch auf; nachdem ihr muthig im Kriege wart, werdet ihr herrlich im Frieden dastehen.“ Wann wird Viktor Hugo seinen Cervantes finden? Gibt es einen kühleren Stoff zu einem französischen Don Quixote? Uebrigens steht Louis Veillot im Phrasenthum und in der Speichelleckerei gegen seine Landsleute Viktor Hugo nicht nach. „Die Unfälle von 1870“, erklärt in seinem Oster-Artikel das „Univers“, „haben Frankreich nicht um seinen Vorrang gebracht, den ihm seit Jahrhunderten in der Christenheit seine Treue gegen den Glauben der Väter verlieh.“ Immer derselbe Größen-mahn, immer dasselbe hochmüthige Herabsehen auf den Rest der katholischen Welt! Unter den Bonapartisten herrscht seit einigen Tagen große Aufregung. Ihr Hauptverleger, der Buchhändler L., ist nämlich schlechter Geschäftes halber ins Ausland gegangen, hat alle Schriftstücke, die ihm die Bonapartisten seit Jahr und Tag eingehändigt hatten und unter denen sich manche recht kompromittirende befinden, mit sich genommen und droht, dieselben zu veröffentlichen, wenn man sich nicht mit ihm abfinde und die ihm zur Fortsetzung seines Geschäfts nothwendigen Gelder liefere. Aus Chislehurst, wohin man über die Sache berichtete, soll die Antwort ergangen sein, daß man dort nicht im Stande sei, die Angelegenheit zu ordnen. Der Buchhändler wird aber jedenfalls bei der Sache nicht schlecht wegkommen, da die Bonapartisten ihm entweder die verlangten Gelder geben oder er sie sich dadurch verschafft, daß er seine Schriftstücke in Brüssel veröffentlicht. — „Figaro“ theilt mit, daß die Vermählung einer Tochter des ehemaligen Königs Georg von Hannover mit dem Prinzen Wilhelm von Oranien bevorstehe. Die Königin von Holland war kürzlich in Paris, wo jetzt die depossidierte Königsfamilie weilt. — Don Carlos ist seit vier Tagen mit seinem Vater und dem General Belasco von London verschwunden. Selbst

Bayreuth, die Feststadt der Nibelungen.

O. Z. Bayreuth, 19. April.

Immer näher rückt die Zeit, zu welcher Richard Wagner's „Ring des Nibelungen“ in unserer „vergessenen Stadt“ — wie der Franzose Victor Tissot sich ausdrückt, aufgeführt werden wird. Welsch wurde noch vor Kurzem selbst unter den Freunden des Dichterkomponisten die Möglichkeit der Aufführung bezweifelt und nun, da dieses Ziel in nächster Nähe winkt*) ist erst recht der Kampf der Geister entbrannt: die Freunde jubeln Wagner zu und wünschen ihm Glück; die Feinde kündigen das Erscheinen eines Meteors am Kunsthimmel an, nicht bestimmt, denselben auf die Dauer zu erschellen. Alle aber sind darüber einig, daß ein Ereigniß von höchster Bedeutung für die Kunst bevorsteht. Das bezeugt schon das Interesse, welches von den höchsten Kreisen bis herab zu der bürgerlichen Sphäre dem Werke entgegengebracht wird: die Anmeldungen zu den Vorstellungen laufen in kaum gehobter Häufigkeit ein; der deutsche Kaiser und König Ludwig II. von Baiern haben ihr Erscheinen offiziell bereits zugesagt; 12 Fürsten des In- und Auslandes, deren Namen später veröffentlicht werden, sind ebenfalls angemeldet. Die Gesamtzahl der Fremden, die während der 3 Festmonate hierher kommen werden, schätzt man schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit auf 10,000. Angehts dieser Ziffern drängt sich die Frage von selbst hervor: Warum hat Wagner die kleine Stadt Bayreuth zur Aufführung seines Wertes gewählt? — Der Franzose Victor Tissot, der in seiner „Reise durch Baiern“ den Meister beidmipst ohne ihn zu kennen, der die Stadt Bayreuth verkleinert und verhöhnt hat, ohne sie je gesehen zu haben, beantwortet die Frage kurzweg: „weil er nach München nicht wollte.“ — Aber da waren ja immer noch Berlin, Wien, Stuttgart, Dresden u. a. Der Grund für die Wahl Bayreuths als Festort ist ein anderer: Zunächst wollte Richard Wagner in Baiern sein, und dann, da ihm ein höheres Ziel vorschwebt, als die einmalige Aufführung seiner neuesten Schöpfung auf einem neutralen Boden, auf dem weder seine Anhänger noch seine Gegner in Ausschlag gebender Anzahl vertreten sind, seinen Zukunftsbau errichten. Er gedenkt auf diesem neutralen Boden eine bleibende Stätte der Kunst zu errichten, alle Jahre einen Theil seiner Werke zur Aufführung zu bringen.

Bayreuth, die Feststadt, ist die Hauptstadt des bairischen Kreises Oberfranken, liegt am Fuße des Fichtelgebirges, in einer ebenen

reizenden als gesunden, von der Luft der nahen Berge gereinigten Gegend. Seit drei Mal Menschengedenken weiß man nichts von Seuchen und epidemischen Krankheiten, und selbst der asiatische Tod, die Cholera, ging jederzeit an der Stadt vorüber, ohne auch nur sporadisch aufzutreten. Bayreuth zählt nahezu 20,000 Einwohner und gehört — von allen, die es gesehen — unbefritten unter diejenigen Provinzialstädte, welche den angenehmsten Eindruck machen, und einen Anstrich von Großstädtlichkeit haben. Regelmäßige, breite Straßen, durchweg massive Häuser, untermischt mit monumentalen Gebäuden geben der Stadt ein überaus anziehendes und wohlthuendes Gepräge. Diefem Aeußeren entspricht auch das innere Leben der Stadt, zusammengefaßt aus Betriebsamkeit und gemüthlichem freundlichem Wesen. Die Geschichte der Stadt, eng verknüpft mit der der Markgrafen aus dem Hause Brandenburg, ist sehr interessant und reichen deren ur-hindlichen Anhaltspunkte bis ins 12. Jahrhundert zurück. Seine heutige Gestalt verdankt es den Markgrafen von Brandenburg Christian († 1655), Georg Wilhelm († 1726), namentlich aber dem prachtliebenden Friedrich († 1763), dem Gemahl der geistreichen Schwester Friederichs des Großen von Preußen, Markgräfin Friederike Sophie Wilhelmine. Mit Christian († 1769) starb die bayreuther Linie aus, und fiel das Land an die Ansbacher Linie. Am 22. Dez. 1791 trat Markgraf Alexander Regierung und Land gegen ein Jahrgehalt an Preußen ab. Von 1806 bis 1810 stand es unter französischer Verwaltung und fiel am 30. Juni 1810 an die Krone Baiern.

Werden wir einen kurzen Blick auf die Sehenswürdigkeiten der Stadt: da ist zuerst zu erwähnen Jean Paul's Wohnhaus in der Friedrichstraße, durch eine Tafel mit goldener Inschrift kenntlich gemacht. Hier starb Jean Paul am 14. Nov. 1825. Das von König Ludwig I. dem Dichter errichtete Gedenkmal, ein Meisterwerk Schwan-thalers, steht in derselben Straße, dem Gymnasiumsgebäude gegenüber. Jean Paul's Grab, ein großer Granitblock, findet der Verehrer des Dichters auf dem Gottesacker vor dem Erlanger Thore.

Das alte und das neue Schloß, beide früher die Residenzen der Markgrafen von Brandenburg, ersteres nunmehr zu Bureau und Wohnungen eingerichtet, letzteres der bairischen Ziviliste gehörig, nehmen das historische, wie architektonische Interesse in hohem Grade in Anspruch. Vor dem alten Schloße ist das Erzstänbild weiland König Maximilians II. von Baiern aufgestellt, errichtet von der Stadt Bayreuth dem Gedächtnisse des vielgeliebten Königs. — Hinter dem neuen Schloße zieht sich der der öffentlichen Benutzung zugängliche Hofgarten hin mit seinen schattigen Laubgängen und großen Alleen, ein beliebter Aufenthaltsort für Einheimische und Fremde.

Unter den sieben Kirchen der Stadt beansprucht die Ordens-Kirche in der Vorstadt St. Georgen ein besonderes historisches Interesse. Sie wird die Ritterkapelle oder Ordenskirche genannt, weil

die Ritter des am 16. Nov. 1712 gestifteten Ordens de la Sincerité sich darin versammelten und Kapitel hielten. Es befinden sich darin Deckengemälde und die Wappen von 86 Ritttern des rothen Adlerordens aus den Jahren 1705–1768.

Das Opernhaus soll auch nicht vergessen sein, ein kolossales Gebäude, 1748 unter Markgraf Friedrich durch Babina vollendet. Im Innern befinden sich 3 Logenreihen in reicher Vergoldung. Die Bühne ist die größte aller bestehenden Theater: sie ist 42 Fuß tief und 34 Fuß breit. Das Portal wird von 4 Säulen getragen und über demselben stehen in Stein gebauene die überlebensgroßen Figuren der Mufen.

Verlassen wir die Stadt und treten durch die Dürschnitz in die große, schattige Lindenallee, so gelangen wir — fortwährend im Schatten dieser Allee — in einer kleinen halben Stunde zum Rosolwen-zelhauschen, dem ehemaligen Lieblingsaufenthalte Jean Paul's, in welchem derselbe einen großen Theil seiner unsterblichen Werke gedichtet hat. Das Zimmer, in dem dies geschah, ist in dem ursprünglichen Stande erhalten und wird Fremden gegen eine kleine Vergütung gezeigt.

Eine weitere halbe Stunde durch die Lindenallee fortschreitend, gelangen wir in den Park des kgl. Lustschloßes Eremitage mit seinen prachtvollen Wasserwerken und reizenden Anlagen. Diefes Lustschloß wurde von dem Markgrafen Georg Wilhelm 1715 zu bauen begonnen und von Markgraf Friedrich im Jahre 1763 vollendet. Hier schrieb die Markgräfin Friederike Sophie Wilhelmine ihre bekannten Memoiren.

Ein weiterer reizender Punkt in der Umgebung Bayreuths ist das Lustschloß Fantafie, Eigenthum des Herzogs Alexander von Württemberg. Man gelangt dahin in etwa 1 1/2 Stunde, ebenfalls durch eine schattige Lindenallee. Die Entstehung des Schloßes fällt in das Jahr 1758. 1763 schenkte es der Markgraf Friedrich seiner Nichte Elisabetha, Friederike Sophie; 1793 kam es durch Kauf an die Herzogin Friederike Dorothea Sophie von Württemberg, 1833 an den jetzigen fürstlichen Besitzer. — Herzog Alexander hat mit unübertrefflichem Geschmade die landschaftlichen Schönheiten benutzend um das Ganze zu einem im edelsten Stile gehaltenen Parke umzuschaffen, der dem allgemeinen Zutritte offensteht. Das Schloß selbst birgt Schätze der Skulptur und Malerei, und sind besonders die Bildbauerarbeiten der 1839 verstorbenen Gemahlin des Besitzers, Herzogin Marie, einer Tochter Königs Louis Philipp von Frankreich, von hoher künstlerischer Bedeutung.

Das wären in gedrängter Beschreibung die Hauptsehenswürdigkeiten von Bayreuth und Umgebung.

*) Bekanntlich finden die Generalproben am 6., 7., 8 und 9. August statt; die erste Aufführung am 13., 14., 15. und 16. August; die zweite am 20., 21., 22. und 23. August; die dritte am 27., 28., 29. und 30. August.

die Carlsten wissen nicht, wo er sich aufhält; Don Carlos hatte bei der Abreise nur gesagt, er gehe nach Norwegen. — Die Depeschen Khalil-Pascha's wurden bereits am 14. März in dem römischen Blatte „Roma“ veröffentlicht und zwar erfolgte diese Veröffentlichung durch den bekannten Russenfeind Urquhart.

Italien.

Rom, 17. April. Pius IX. hat einer Anzahl Spanierinnen welche eine Bittschrift wegen Wiederherstellung der Glaubenseinheit in ihrem Vaterlande ihm überliefert hatten, nachstehende Antwort ertheilt:

Geliebteste Töchter in Jesus Christus, Gruß und apostolischen Segen. Wir haben den von Euch an uns gerichteten Brief erhalten, welcher ein rühmliches Zeugnis Eurer vollkommenen Liebe für die Religion und für das Vaterland ist, wie das Dokument, in welchem die Gesinnung christlicher Frömmigkeit so sehr überwiegt, und welches Ihr dem katholischen Könige überreicht habt, damit die religiöse Einheit in Spanien in ihrer vollen Integrität aufrecht erhalten werde. Die vortheilhaften Gesinnungen, welche Ihr in Eurer Schreiben kundgibt, beweisen uns, daß Ihr die Wichtigkeit der Sache, welche Ihr unterstützt, begreift und einseht. Diese Gesinnungen kommen dem von Euch bei dieser Gelegenheit für die nämliche Sache kundgegebenen Eifer gleich, indem Ihr auf diese Weise eine Eurer religiösen Pflichten erfüllt. Wir wünschen Euch dazu im Herrn Glück; denn Ihr habt jener Mutter nachgeahmt, von welcher die Schrift spricht, daß sie einst in Gegenwart des Königs, welchen der heilige Geist den Hochweisen nennt, nicht erlaubte, daß ihr Söhnchen in zwei Stücke zertheilt wurde, sondern im Gegentheil den König bat, zu entscheiden, daß es lebendig bliebe und ihm kein Leid widerfahre. Auf dieselbe Weise wendet Ihr alle Eure Mühe gegen diejenigen an, welche an die Bosheit der falschen Mutter erinnern; Ihr habt gearbeitet, um Eurer Nation die Einheit des Glaubens zu bewahren, d. h. um die Theilung des Kindes zu verhindern, welches Gott uns gegeben hat. „Sein Sohn, geboren von einem Weibe und unterworfen dem Gesetz zur Erlösung Derer, welche sich dem Gesetz unterworfen finden“, d. h. Christus. Wir sind überzeugt, daß Gott nicht zögern wird, Euren Eifer reichlich zu belohnen. Wir werden ihn bitten, seinen Schutz ebenfalls auf Euer Vaterland zu erstrecken, damit vermittelt seiner Barmherzigkeit die Katholische der Menschen, welche seine Bestimmungen lenken, in dem, was die von Euch verteidigte Sache betrifft, mit dem Rathschluß des hochweisen Königs Salomon übereinstimmen. Unterdeß gewähren wir, theure Töchter in Jesus Christus, als Zeichen unseres väterlichen Wohlwollens, welches wir für jede von Euch aufrichtig fühlen, und als Vorbedeutung der himmlischen Gnade (!) mit der innigsten Liebe in Unserem Herrn, Euch Allen, die Ihr zu Gunsten der katholischen Einheit gearbeitet habt, unseren apostolischen Segen. Gegeben zu Rom im St. Peter, 15. März 1876, im 30. Jahre unseres Pontificats.

Pius IX., Papst.

Rußland und Polen.

Petersburg, 19. April. [Zur Lage im Orient.] Die russ. „St. B. Z.“ hält die politische Lage im Orient augenblicklich für sehr beunruhigend. Zu den faktischen Schwierigkeiten gesellen sich noch Machinationen einer gewissen unterirdischen Börsen- und politischen Partei, die Wahres mit Falschem mengend, künstliche Verwirrung stiftet, um ihre Taschen zu füllen. Telegraph und Zeitungen schweigen in Folge der Festtage und die Alarmnachrichten durchschwirren unkontrolliert die Gesellschaft. Das gilt dem Blatt aber als konstatirt, daß die Dinge in Serbien ernste Befürchtungen einflößen. In Serbien ist nicht mehr die Frage: Giebt es Krieg? — sondern nur noch: Wann marschirt unser Heer aus? Pelagic, dem Führer des Aufstandes in Bosnien, soll das feierliche Versprechen gegeben worden sein, als er in Belgrad war, daß 150,000 Serben nicht später als am 23. Mai alten Stils in Bosnien einrücken werden. Der Aufstand nimmt überall mit Anbruch des Frühlings größere Dimensionen an. Die bosnischen Insurgenten sind gut bewaffnet und erhalten Zuzug, Führer, Munition, Proviant u. aus Serbien, welches also thatsächlich schon mit der Türkei im Kriege ist, wenn auch die formelle Kriegserklärung noch aussteht. . . .

Die Stellung des „Journal de St. Pétersbourg“ zur orientalischen Frage, speziell das Dementi des Rodick-Puffs, mißfällt einem Theil der russischen hiesigen Presse ganz außerordentlich. Die „Russische Welt“, der „Grashdanin“, auch die „Neue Zeit“ haben ihr Mißfallen in einer zum Theil höchst ungebührlichen Weise dokumentirt. Besonders die Vorwürfe des „Grashdanin“ tragen den Stempel dieses Blattes, d. h. sie sind unabsichtlich komisch. Die Bedeutung, die das „Journal“ dadurch in den Augen der lesenden Welt hat, daß es als

* **Hohes Alter.** Wir lesen in Berliner Blättern: Ein hochbetagter Landmann jenseits des Oceans wird aus einem englischen hier einem Uebersetzungsbureau übergebenen Briefe bekannt. Im Jahre 1839 siedelte ein Berliner Kornmacher Namens Ackermann mit seiner Familie nach Amerika über, mütterliche pekuniäre Verhältnisse hier waren die Veranlassung dazu, und als A. die neue Heimath betrat, nannte er nur noch eine kleine Summe sein eigen. Jedoch Fleiß und Glück vereinigten sich, ihn bald zu einem wohlhabenden Manne zu machen und schon 3 Jahre später hat er seinen hier in Berlin zurückgebliebenen, damals 72 Jahre alten Vater, den Rest seiner Tage bei ihm zu verleben. Bekannte und Verwandte des alten Mannes suchten diesen von dem baldgefaßten Entschluß, dem Rufe seines einzigen Sohnes zu folgen, abzubringen, doch vergebens — der alte Ackermann verließ seine Vaterstadt und mit ihr die Gräber seiner ihm vorangegangenen Lieben. Vierunddreißig Jahre sind seitdem ins Meer der Zeit verstrichen, eine kleine Ewigkeit, der junge A. ist schon mehrere Jahre hinüber in ein besseres Jenseits gegangen, gefolgt von seinem treuen Weibe; doch der alte A. lebt noch. Hundertundfünfzig Jahre alt, sind die letzten vierunddreißig Jahre in der Ferne fast spurlos an ihm vorübergegangen und rühtig ist der alte Mann noch unter seinen zahlreichen Enkeln thätig. A. liebt und strikt (eine Arbeit, die er erst im hohen Alter erlernt hat) ohne Brille, mit seinem guten Gedächtnis und seiner Ausrüstungskraft hat er sich der englischen Sprache bald bemächtigt, deren er sich jedoch weniger gern als seiner Muttersprache bedient. Die neue Gestaltung und Zusammengehörigkeit seines Vaterlandes seit dem letzten deutsch-französischen Kriege hat den frischen Greis mit unendlicher Theilnahme erfüllt.

* **Die Wittwe Heinrich Heine's** führt gegenwärtig in Paris ein ziemlich großes Haus. Am letzten Mittwoch gab sie einen Ball, wozu viele literarische und politische Notabilitäten eingeladen waren und der nach dem Urtheil der Journale eines der schönsten Feste der Saison war. Es wurde bis 5 Uhr Morgens getanzt. Madame Heine bereitet für künftige Woche ein prachtvolles Konzert in ihrer Wohnung vor, wo der erste Bariton der großen Oper, Faure mehrere Pieber seiner Komposition singen wird. Unterdeß liegt Heinrich Heine in seiner Gruft am Montmartre vergessen und vernachlässigt abseits des Grabweges. Nichts ist schwerer, als sein Grab in der Menge anderer Monumente aufzufinden. Es ist von einer dürrigen Einsamkeit und nur zwei blecherne (!) Vorbeerkänge liegen auf dem verwitterten Sandstein, der die Gebeine des Dichters bedeckt. Einzig von seinen Landsleuten scheint das Grab besucht zu werden; eine Unmasse läppischer Touristen konnte natürlich nicht umhin, ihren Namen auf dem Grabstein zu verewigen.

offiziöses Journal des russischen Ministeriums des Auswärtigen gilt, ist den russischen Literaten ein Dorn im Auge.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Auf dem Schauplatz der Insurrektion sieht es äußerst ernst und trübe aus; Bosnien ist in vollem Aufstande, der stündlich in Breite und Tiefe zunimmt; das zeigen alle Nachrichten, die von dorthier kommen. Aber auch in der Herzegowina gehen die Geschehnisse ihren ehernen Gang. Das wichtigste Ereigniß ist die Thatfache, daß es Moukhtar Pascha nicht gelungen ist, Niksic zu verproviantiren, er vielmehr von den Insurgenten arg verproviantirt worden ist. Am 18. April meldete er an den Kriegsminister:

„Wir sind nach fortwährendem, auf dem Marsch und Rückmarsch den Insurgenten 6 Tage hindurch gelieferten siegreichen Gefechten in Gaczo eingetroffen. Die Truppen haben glänzende Erfolge über den Feind errungen, welcher indeß zwei Mal uns an Zahl überlegen und ungefähr 14,000 Mann stark war. Dieses Mal führte der Fürst von Montenegro offen gegen uns Krieg, an 7000 gut equipirte und regelmäßig organisirte Montenegriner hatten sich den Insurgenten angeschlossen, um uns zu bekämpfen.“

Ein späteres Telegramm Moukhtar's erklärt, er habe wegen Ermüdung seiner Truppen und wegen Mangels an Munition den ihm überlegenen und wohl verschanzten Insurgenten gegenüber darauf verzichtet, bis Niksic vorzurücken und sei am 18. c. wieder in Gaczo eingetroffen, nicht ohne vorher abermals neue siegreiche Gefechte bestanden zu haben. Bei allen diesen Kämpfen hätten die türkischen Truppen 31 Tode und 56 Verwundete gehabt, die Insurgenten hätten gegen 900 Mann an Todten und Verwundeten verloren.

Wer den Zweck Moukhtar Pascha's kannte und sich dabei auf der Karte orientirt, sieht leicht, daß die angeblich siegreichen Gefechte mit einem thatsächlichen Mißerfolg verbunden sind. Moukhtar Pascha brach am 12. April von Gaczo auf, um das 50 Kilometer weiter südöstlich liegende Niksic zu verproviantiren. Zu diesem Zweck mußte er den 20 Kilometer vor Niksic liegenden Dugapaf forciren. Die Insurgenten stellten sich ihm entgegen, schlugen zu gleicher Zeit einen Ausfall von Niksic zurück und schlossen ihn, einem gestern mitgetheilten Telegramm zufolge, im Dugapaf ein. Aus dieser Einschließung ist er allerdings entkommen, aber er trat, wie Moukhtar Pascha selbst in seiner amtlichen Depesche gesteht, den Rückmarsch nach Gaczo an, ohne seinen Zweck, die Festung Niksic zu verproviantiren und zu entsetzen, erreicht zu haben. Ueber die Behauptung Moukhtar's, daß in den Reihen der Insurgenten 7000 Montenegriner kämpften, fehlt bis jetzt jede Bestätigung, aber auch jedes Dementi. Montenegro verhandelt augenblicklich mit der Pforte und beansprucht von ihr die Hälfte der Herzegowina — so sagt das „N. W. Z.“ — und General Ignatieff spielt dabei den wohlwollenden Vermittler. Es ist möglich, daß Fürst Nikita nichts erreicht hat und nun seine Soldaten den Insurgenten zu Hilfe sandte. Ebenso wird auch täglich der Anschluß Serbiens an die Insurrektion erwartet. Die Zeichnungen auf das serbische Zwangsanlehen sind nunmehr geschlossen worden. Der ausgeschriebene Betrag soll völlig gezeichnet sein. Die Mobilisirung der Armee macht große Fortschritte. Für die ganze erste Klasse der Miliz, die angeblich 15,000 Mann beträgt, hat im serbischen Kriegsministerium die Marschordres ausgearbeitet und dürften in den nächsten Tagen dieselben an die Divisions-Kommandanten abgeschickt werden. Die serbische Regierung hat mit einem wiener Lederhause Gerhards Fleisch die Lieferung von hunderttausend Schuhen gegen vorausgehende Baarzahlung abgeschlossen. Von derselben Seite finden Haferankäufe an den österreichischen Fruchtmärkten statt.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die Reichsjustizkommission wird am 2. Mai ihre Arbeiten wieder aufnehmen, nachdem der Bundesrath in der letzten Woche des laufenden Monats zu den Beschlüssen, welche die Kommission in erster Lesung gefaßt hat, Stellung genommen haben wird. Ueber die Anträge, welche der Justiz-Ausschuß des Bundesraths an das Plenum derselben richten wird, verlautet nichts Bestimmtes. Es scheint jedoch, als ob über die Fragen der Schöffen und der Berufung in Strafsachen auch unter den Regierungen die größte Meinungsverschiedenheit herrsche.

* Der „Dziennik Pzomanski“ ist mit großer Besorgniß erfüllt, weil auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gleich am ersten Tage der Verhandlungen, d. h. am 24. d. M., der Gesetzentwurf über

* **Giuseppe Luciani.** Man schreibt aus Rom, 15. April: Luciani verließ gestern Morgens Rom mit dem gewöhnlichen Zuge, der 10 Minuten vor 7 Uhr nach Neapel geht. Schon um 4 Uhr Morgens hielt ein geschlossener Wagen vor dem Thore des Kerkers Regina Coeli in Trastevere; drei Carabinieri stiegen aus demselben, welche den Auftrag hatten, den Verurtheilten zu übernehmen und ihn an die Strafanstalt S. Stefano in den neapolitanischen Gewässern abzuliefern. Ein Schließer trat in die Zelle Luciani's, der bei der Meldung der bevorstehenden Abreise tödtlich erschrocken und sich weigerte, aufzustehen; er habe einen Refus an das Ministerium senden lassen, dessen Erfolg abgewartet werden müsse. Endlich traten aber die Carabinieri selbst in die Zelle; bei ihrem Erscheinen gab Luciani allen Widerstand auf und begann sich anzuleiden. Auch dabei kam es zu einer Scene, denn der ehemalige Elegant weigerte sich entschieden, ein Paar vom Reglement vorgeschriebene grobe Schuhe anzulegen, sondern wollte durchaus seine eleganten Stiefel mitnehmen; endlich mußte er nachgeben, die Hände wurden ihm gefesselt, und er bestieg den Wagen, ein großes, zwei Portionen enthaltendes Brot unter dem Arme. Er war so aufgeregt, daß er einem zum Tode Verurtheilten gleich, der das Schaffot bestiegen soll; er war todtenbleich und schwante so, daß ihn einer der Soldaten stützen mußte. Nachdem der Verurtheilte auf der Station angekommen und in die Wache kammer derselben geführt worden war, empfing er den Abschiedsbesuch seiner Mutter. Es gab eine erschütternde Scene, der die Carabinieri dadurch ein Ende machten, daß sie ihren Gefangenen schon vor dem ersten Abfahrtsignal in den Waggon steigen ließen.

Luciani hat vor seiner Abreise aus Rom folgendes empfindungsvolle Proklama drucken und öffentlich vertheilen lassen: Römer! Ich verlasse euch mit schmerzbelegtem Herzen. Das Unglück, das mich betroffen, ist groß, enorm; aber glaubt nicht, daß es aus mir alle Gefühle der Menschlichkeit und des menschlichen Stolzes verbannt hat. Ich habe die feste Zuversicht, daß der Tag herankommen wird, an welchem ich mich wieder zu erheben und jene Achtung auf mich zurückzurufen werden werde, die mich heute eine unbeflegbare Leidenchaft, die mich fesselt, verlieren ließ. Ich habe stets an die menschliche Rehabilitation geglaubt, und jetzt glaube ich umso mehr daran, als ich in mir alle ihre Geheimnisse, unwiderstehlichen Tugenden kenne. Ja, ich werde mich wieder in die Höhe richten und die Welt zwingen, mir gegenüber anzurufen: „Wer ohne Sünde ist, werfe den Stein auf ihn.“ Wenn die Gesehe einen Beschluß auszuführen haben, so hat das Gewissen des Verurtheilten einen andern und viel mächtigeren Beschluß zu vollziehen, das Gewissen des Verurtheilten, das geneigter für die Ausöhnung ist, und an dem einen oder andern Tage sich selbst dem Gesehgeber gegenüberzustellen und ihm zu befehlen wissen wird: Es ist genug. Dieses „Genug“ will ich mit meiner ganzen

die Theilung des Kreises Konitz in Westpreußen gefest ist. Der betreffende Gesetzentwurf bezieht, denjenigen Theil des Kreises Konitz, welcher von Polen bewohnt wird, zur Provinz Pommern zu schlagen, um dadurch die Wahl eines deutschen Abgeordneten zu sichern, während bekanntlich der genannte Kreis bisher durch einen polnischen Abgeordneten vertreten wurde. Der „Dziennik“ fordert ganz erschreckt alle polnischen Abgeordneten auf, sich gleich zur ersten Sitzung einzufinden. Wie das Blatt mittheilt, gedenkt Herr Leo v. Czarlinski, der bisherige Abgeordnete für den Kreis Konitz gegen den Gesetzentwurf das Wort zu ergreifen. Der Präses der polnischen Fraktion, Herr v. Breza, hat an sämtliche polnische Abgeordnete die Aufforderung ergehen lassen, sich gleich zur ersten Sitzung einzufinden, bei der es, wie der „Dziennik“ meint, unzweifelhaft zu längeren Verhandlungen über die Theilung des Kreises Konitz kommen wird.“

Lokales und Provinzielles.

Bosen 21 April.

— In der am 19. d. M. bei Maffelwitz aus der Ober gezogenen Leiche ist, der „Schl. Br.“ zu Folge, der 50 Jahre alte, am 11. April ertrunkene Rittergutsbesitzer Josef von Chelmicki aus Gosciewo bei Krotoschin rekonozirt worden. Für die Annahme, daß Josef v. Chelmicki das Opfer eines von einem dritten verübten Verbrechens, hat die gerichtsarztliche Obduktion der Leiche auch nicht den mindesten Anhalt geboten.

r. Auf der diesjährigen brüsseler Ausstellung von Einrichtungen und Gegenständen der Gesundheitspflege u. wird auch unsere Provinz vertreten sein, indem 32 Blatt Zeichnungen von der neu errichteten großartigen Provinzial-Lehranstalt zu Dwinz, 2 photographische Ansichten und eine Beschreibung der Anstalt Seitens der königl. Regierung nach Brüssel gesandt worden sind.

— Für die auswanderungslustige polnische Landbevölkerung theilt die thorer polnische Wochenschrift „Przyjaciel“ (der Freund) zur Beherzigung folgenden Auszug aus dem Briefe einer Polin mit, welches Schreiben „Rio de Janeiro“, ersten Januar d. J.“ datirt ist: „Zwei Monate sind verfloßen, seit wir uns in einer wahrhaften Hölle befinden; während bei Euch noch guter Winter ist, haben wir hier schreckliche Hitze. Fortwährend badeht der Mensch sich hier im Schweiß, was die Kräfte schwächt und auch das Nachts kann man nicht schlafen, da man sich fortwährend die kleinen Fliegen und Mücken abjagen muß, welche dem Menschen meistens in der Nacht sehr zusetzen. Aber solche kleine Thierchen kann man gar nicht vertreiben. Alles das fesselt dem Menschen so zu, daß man manchmal vollständig verrückt wird; das Leben ist einem nicht lieb und man weiß kaum etwas anfangen. Der Regen fällt hier selten und statt eine Erleichterung zu bringen, wird er auf andere Art beschwerlich. In der Regenzeit kühlt sich die Luft nämlich bedeutend ab, der Wind wird feucht und der Mensch, vorher in der Hitze aufgereg, kann die darauf folgende Kälte nicht ertragen und fällt in verschiedene Krankheiten. Alle Glieder, ja selbst die Knochen erscheinen wie zerbrochen und Hände und Füße brennen wie Feuer.“ So schreibt die Landsmännin unseren auswanderungslustigen polnischen Landenten aus dem südlichen Brasilien, wo das Klima bekanntlich wesentlich erträglicher ist als in den nördlich gelegenen Kolonien, wohin die meisten unserer Auswanderer geschleppt werden.

— Der **Servilismus des „Kurver“** gegen seinen Gönner Ledóchowski hat in der letzten Zeit einen Höhepunkt erreicht, der geradezu unerhört genannt werden kann. Nicht allein, daß dienstfertige Kaplansfedern eine vollständige „Chronik des Primas“ mittheilen, in der jeder Tag aus dem Leben des „großen Bischofs“, des „Befehlshabers“, des „Märtyrers“ und wie die Epitheta alle heißen, mit denen die klerikalen Federn den ehemaligen Erzbischof feiern, heinabe ausführlich beschrieben wird, selbst zu poetischen Euforabationen verleiht sich das offiziöse geistliche Potentium. In seiner vorletzten Nummer veröffentlicht der „Kurver“ außer der Fortsetzung von der besuchten Chronik ein französisches und ein polnisches Poem zu Ehren Sr. Eminenz. Aus der polnischen Hymne entnehmen wir Folgendes: „So hat Er den Basilan mit Ostrowo (!) vereinigt, durch die Bande der Gemeinamkeit im Dulden für das Kreuz; er hat Polen mit der Hauptstadt St. Petri, wenn auch mit alten Banden, so doch mit neuer Kraft vereinigt.“ Und dann heißt es noch: „In Dir hat Polen heute seinen Vater erkannt, es hat in Dir den Befehl des Glaubens liebgewonnen.“ Aus der „Chronik des Primas“ heben wir einige Schlussbetrachtungen des römischen „Kurver“-Korrespondenten hervor, welcher dem Märtyrer ohne Zweifel sehr nahe steht. Der Artikel kommt auf den deutschen, den französischen und italienischen Einfluß zu sprechen, der sich auf die polnische Zivilisation geltend gemacht hat und gelangt selbstverständlich zu der Ansicht, daß der deutsche Einfluß sehr schädlich war. Der französische Einfluß sei zwar ein glänzender gewesen, habe

Seele, mit meinen Armen erreichen. Die Strafanstalt von St. Stefano wird meine Veröhnungstaxe sein. Römer! Die eine Hand aufs Herz: später wird dieselbe Hand abermals die meine drücken. Adieu! Joseph Luciani.

* **Ein amerikanischer Krösus.** Am 10. d. Mts. verstarb in Newyork der amerikanische Krösus Alexander Turney Stewart. Geboren 1803 zu Belfast in Irland, erhielt Stewart eine ausgezeichnete Erziehung in seiner Vaterstadt und später in Trinity College in Dublin, wo er in 1822 promovirte. Im Jahre 1823 wanderte er nach den Vereinigten Staaten aus, wo er zuerst die Klassiker in einer Privatschule lehrte, 1827 etablierte er sich mit einem Kapital von 600 Pfd. Sterl., daß er größtentheils in irischer Leinwand und Spitzen anlegte. Auf den reellsten Prinzipien basirt, nahm sein Geschäft bald enorme Dimensionen an. Seine jährlichen Umsätze rangirten zwischen 60 bis 75 Mill. Dollars und seine Profite beliefen sich auf 3 bis 6 Millionen Dollars per annum. In Newyork gründete er ein immenses Engros-Etablissement, das etliche zwanzig Magazine sowie die größte Manufaktur-Baaren-Niederlage in der Welt umfaßt. Letztere hat einen Flächenraum von 22 Acres. Außerdem etablierte er Zweig-Etablissements in fast sämtlichen größeren Städten des Südens und Westens der Vereinigten Staaten, sowie Bureau's und Magazine in den meisten großen Städten Europas. Stewart hinterläßt auf ungeheuren Grundbesitz in der Stadt Newyork, welcher einen Werth von nicht weniger als 25 Millionen Dollars repräsentirt. Vor etwa drei Jahren kaufte er die Hempstead Plains, Long Island, wo er eine Stadt erbaute und dieselbe mit Newyork durch eine Eisenbahn in Verbindung bringen ließ. In Newyork erbaute er ein riesiges Hotel für junge Arbeiterinnen, wo 1500 Frauen und Mädchen gegen eine geringe Vergütung Kost und Logis erhalten. Ein ähnliches Hotel ließ er auch für junge Arbeiter errichten. Die Kosten dieser zwei Gebäude nebst den erforderlichen Grundstücken belaufen sich auf 5,000,000 Dollars. Stewart glänzte durch beispiellose Wohlthätigkeit. Während der irischen Hungersnoth im Jahre 1847 sandte er eine Schiffsladung mit Mundvorräthen nach seinem Vaterlande. Den Nothleidenden in Lancashire schickte er im Jahre 1862 eine Schiffsladung von Mundvorräthen im Werthe von 30,000 Pfd. St. Bei dem Brande von Chicago im Oktober 1871, durch welchen er selber bedeutende Verluste erlitt, steuerte er für die Abgebrannten die fürstliche Summe von 100,000 Dollars bei. (W. B. Z.)

* **Die Schriftstellerin Emma v. Niendorf**, bekannt durch ihr Buch „Renan in Schwaben“, sowie durch viele Erzählungen, Reisebeschreibungen u. s. w., Wittve des württembergischen Oberst v. Sudow, geborene Freiin v. Calatin, ist am 7. April zu Rom gestorben.

